

1974 - die Mehrheit der FBP

Die Rechnungsdebatte von 1974 fand unter der neuen Mehrheit der FBP statt. Die Anzahl der Seiten lassen wieder eine längere Auseinandersetzung vermuten. Walter Kieber leitete als neuer Regierungschef die Sitzung ein. Seine Darstellung basierte grösstenteils auf Zahlen. Er verglich vor allem die Unterschiede der Rechnung zum Budget in der ordentlichen und ausserordentlichen Rechnung. Er schlüsselte grob die Einnahme- und Ausgabestruktur des Haushalts auf und nannte auch die Zahlen zur Verteilung der Gemeindesubventionen und Finanzausgleich. In einem zweiten Teil präsentierte er bündig die Massnahmen der Regierung um die Ausgabensituation zu verbessern. Seine Ausführungen blieben sachlich. Er verzichtete auf Urteile.

Nachdem Anton Gerner (FBP) kurz als Präsident der Geschäftsprüfungskommission kommentiert hatte, machte die VU mit Franz Beck ihre erste Stellungnahme. Seine Kritik war zurückhaltend. Er verwies auf die hohe Inflation und die grossen Bauprojekte, die für den Ausgabenüberschuss verantwortlich seien. Er redete nicht von einem Defizit. Er bemängelte einige Budgetüberschreitungen und kleinere Fehler in der Rechnung.

Peter Marxer äusserte sich danach wieder lobend zur Rechnung, zeigte sich aber auch kritisch und verwies auf den ‚Fehlbetrag‘ von 16 Millionen Franken: „Mit Bedauern müssen wir nun feststellen, dass wir uns zu früh gefreut haben. Das Rechnungsjahr 1973 schliesst mit dem höchsten Fehlbetrag in der Geschichte der Finanzgebarung unseres Landes ab.“⁵⁰¹ Er rügte danach die Budgetüberschreitungen mit den Nachtragskrediten bei den Ausgaben und die pessimistische Veranlagung bei den Einnahmen. Er wies zum Schluss erfreut auf das neue Finanzhaushaltsgesetz der Regierung hin.

Herbert Kindle kritisierte umfassender die Darstellung des Regierungschef. Er wünschte einen gesamthaften Vergleich zwischen Land und Gemeinden und nicht nur in Bezug zur Steuer. Er ergänzte präventiv, dass nächstes Jahr nicht die Massnahmen der Regierung Verbesserungen bringen werden, sondern die aktuelle Erhöhung der Mindeststeuer für Sitzunternehmen, welche nächstes Jahr einschlagen würden. Er nahm die Urheberchaft für diese Massnahme, betonte die positive Finanzsituation des Landes und grenzte sie von der negativen Finanzentwicklung mit ihrem ‚hochgezüchteten‘ Budget ab. Er nahm auch Stellung zu den wahlpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, lehnte die Dramatik ab und kritisierte mit Verweis auf den Finanzausgleich, welche er als Grund für

⁵⁰¹ Ltp vom 11.7.74, S. 272.